

Kandidaten im Kurzprofil

Wahlkreis Nordsachsen: Die Direktbewerber der demokratischen Bundestags-Parteien auf einen Blick

Region Oschatz. Am Sonntag ist Wahltag. Wir präsentieren heute die Direktbewerber der demokratischen Parteien im Landkreis Nordsachsen (Wahlkreis 152) für den Deutschen Bundestag auf einen Blick. Die Kandidaten werden kurz mit ihren persönlichen Daten und mit ihren Kernaussagen zu den wichtigsten aktuellen Themen auf Bundesebene vorgestellt.



Manfred Kolbe, (CDU)
56 Jahre alt, geboren in Naunhof, seit 1990 in der Politik, seit 2000 Bundestagsabgeordneter, wohnt in Naunhof, evangelisch, drei Kinder

Jens Kabisch, (SPD)
24 Jahre alt, geboren in Schkeuditz, Student der Wirtschaftswissenschaften, wohnt in Schkeuditz, keine Kinder

Peter Porsch, (Die Linke)
1944 in Wien geboren, 1973 Umzug in die DDR, 1988 Professor für marxistische Sprachtheorie, seit 1990 Landtagsmitglied, wohnt in Parthenstein, verheiratet, drei erwachsene Kinder

Rainer Horbas (FDP)
39 Jahre alt, geboren in Leipzig, selbstständiger Rechtsanwalt für Arbeits- und Sozialrecht, wohnt in Oschatz, lebt in einer Lebensgemeinschaft, zwei Kinder

Peter Hettlich (Bündnis 90/Die Grünen)
50 Jahre alt, geboren in Köln, Agraringenieur, seit 2002 Bundestagsmitglied, wohnt in Dahle, verheiratet, zwei Kinder

Parteidisziplin

Die wichtigste Aufgabe des Abgeordneten ist es, seine Region zu vertreten. Sie können auch als Einzelner oder als kleinste Gruppe etwas erreichen. Ich habe in zahlreichen Punkten auch anders als die Partei abgestimmt und bin auch beim Thema Afghanistan anderer Meinung als die Partei.

Von Parteigehorsam halte ich nicht viel. Als Kommunalpolitiker weiß ich um den Reiz der Kommunalparlamente. Da wird meist Sachpolitik fernab von Parteizugehörigkeiten betrieben, und das möchte ich nach oben transportieren.

Als Bundestagsmitglied vertritt man den Wahlkreis. Da ist die Parteizugehörigkeit zweitrangig.

Ich fühle mich meinen Wählern und meinem Gewissen verpflichtet.

Ich habe auch schon gegen die Partei gestimmt – wie bei den Hartz IV-Gesetzen – und habe dafür von der Fraktion die Ohren lang gezogen bekommen. Bei der Arbeit in den Regionalbüros versucht man auch, den Bürgern, egal ob sie von der Linken oder der FDP kommen, zu helfen.

Mindestlohn

Ich trete gegen Löhne von drei, vier, fünf Euro ein, die sittenwidrig sind. Um eine absolute Untergrenze zu haben, hätte ich gern einen entsprechenden Paragraphen im Bürgerlichen Gesetzbuch konkretisiert. Das andere Problem ist das Lohngefüge. Ein Mindestlohn von zehn Euro führt zu einem Lohngefüge, das für viele Unternehmer hier in der Region gar nicht bezahlbar ist.

Ich bin für einen Mindestlohn von 7,50 Euro. In Deutschland geht der Wettbewerb zu Lasten der Arbeitnehmer. In Deutschland bewegt sich die Lohnspirale im Moment nach unten. Dagegen muss man dringend etwas tun.

Ich bin der Meinung, dass Mindestlohn eine Art der Wirtschaftsförderung ist. Konsequenz durchgesetzt, wird die Lohnhöhe als Faktor im Wettbewerb zurückgenommen. Damit erhält die Qualität des Produkts einen anderen Stellenwert. Wir halten zehn Euro aus heutiger Sicht für erreichbar, nicht unbedingt für sofort bezahlbar. Das ist für die Wirtschaft positiv, weil so Kaufkraft entsteht. Auf Dauer wird es um eine Vereinheitlichung der Mindest-

löhne in der EU gehen.

Ich glaube, dass durch einen Mindestlohn Arbeitsplätze verloren gehen werden – gerade im Niedriglohnbereich. Wir müssen die Abgabenlast für die Arbeitnehmer reduzieren, damit ihnen netto mehr im Portemonnaie verbleibt. Die FDP präferiert ein Mindesteinkommen. Überall dort, wo das nicht erreicht wird, soll steuerfinanziert ein Aufbau gezahlt werden.

Ich trete für einen Mindestlohn von 7,50 Euro ein, so steht es auch bei uns im Wahlprogramm. Realität ist, dass die Jungen nicht bereit sind, für so niedrige Löhne zu arbeiten. Das führt zu dem Problem der Überalterung der Fachkräfte. Das ist gerade für die Firmen in Nordsachsen ein Problem, da sie die Fachkräfte, die sie brauchen, gar nicht mehr kriegen.

Rente mit 67

Die CDU steht zur umlagenfinanzierten Rente. Sie hat sich in der Krise als beständig erwiesen. Aufgrund der demografischen Entwicklung haben wir im Jahr 2015 zwei Beitragszahler auf einen Rentner. Die Lebensarbeitszeit zu verlängern, ist die sozial verträglichste Lösung. Man muss aber differenzieren: Das ist auch eine Frage der individuellen Gesundheit.

Rente mit 67 ist die richtige Lösung. Aber ich bitte um eine Lebensarbeitszeitregelung. Das heißt, dass diejenigen, die 40 Jahre oder 45 Jahre gearbeitet haben, eher in Rente gehen dürfen. Außerdem brauchen wir Modelle wie Altersteilzeit oder Vorruhestand.

Ich bin dagegen und trete ein für eine Bürgerversicherung, in die jeder einzahlt, der eine sozialversicherungspflichtige Arbeit hat und Steuern zahlt.

Rente mit 67 ist richtig. Aber man sollte den Renteneintritt selber flexibler gestalten können, unter den Voraussetzungen einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren und dass zumindest das Niveau der Grundversicherung erreicht wird. Private Altersvorsorge sollte man steuerlich fördern.

Ich bin dagegen. Die Rente mit 65 Jahre war eine erprobte Regelung. Wir brauchen für besonders schwere Berufe andere Lösungen. Und wir müssen das System umbauen. Wir werden eine stärker steuerfinanzierte Komponente brauchen. Ich finde, dass auch Selbstständige ihren Anteil daran leisten müssen.

Pendlerpauschale

Ich war gegen die Streichung der Pendlerpauschale. Wir dürfen nicht die bestrafen, die für einen Arbeitsplatz weite Wege auf sich nehmen. Im Gegenteil, wir müssen sie steuerlich entlasten.

Das Bundesverfassungsgericht hat richtig entschieden, als es die Pauschale wieder eingesetzt hat. Die Pauschale ab Kilometer 21 war ungerecht.

Ich halte es für richtig, dass der Aufwand, zur Arbeit zu kommen, auch steuerlich berücksichtigt wird.

Ich bin für eine Pendlerpauschale. Gerade im Osten gibt es sehr viele Pendler.

Das ist ein komplexes Thema, und dahinter steht ein fundamentaler Irrtum. Denn je weniger die Menschen verdienen, je weniger Steuern sie zahlen, umso weniger haben sie von der Pendlerpauschale. Das ist nur eine Subvention. Wer viel verdient bekommt viel zurück, Selbstständige bekommen sogar alles zurück. Letztlich ist das ein unsoziales System. Und es ist ökologisch kontraproduktiv. Deswegen wird es nochmal auf den Prüfstein kommen.

Gesteinsabbau

Ich habe mich immer gegen den Gesteinsabbau gewendet, weil er der Region überhaupt nicht nutzt. Für Gebiete, in denen die Abbaugenehmigung noch nicht erteilt ist, haben wir bereits eine Angleichung des Bergrechts für Ost und West erreicht.

Es gibt nicht einen positiven Punkt für diesen Abbau. Ich bin dafür, den ländlichen Raum zu stärken und die Ungerechtigkeit der Gesetzeslage zwischen West und Ost abzubauen.

Im Kampf gegen den Gesteinsabbau müssen wir einen harten und steinigen Weg gehen.

Die FDP in der Region stellt sich hinter die Abbaugegner. Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Es handelt sich um ein Gebiet, das dabei ist, sich zu einer touristisch interessanten Region zu entwickeln. Da würden wir uns mit dem Gesteinsabbau nur eine Chance verbauen.

Als einziger Bergrechtsexperte im Bundestag habe ich mich mit dem Thema genau auseinandergesetzt. Wir haben eine komplette Neuformulierung des Bundesberggesetzes geschrieben: Das heißt Abschaffung der Bergfreiheit, Bodenschätze kann nur abbauen, wer Grund und Boden erwirbt. Die Möglichkeit der Enteignung, die es heute noch gibt, ist erschwert.